

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis vom 25.—31. Oktober: RM. 2 000 000 000. Frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr . . . zuzügl. Postbestellgeld. Einzelnummern 350 000 000 RM. Girokonto 50 bei d. Oberamtspostkasse Neuenbürg. Zweigstelle Waldbad. Postkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haberle u. Co. Waldbad. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum i. Bez. Grundr. RM. 30 außerh. 35 einschl. Inf.-Steuer. Aktionszelle 70 RM. Schiffszahl 124 Millionen Rabatt nach Tarif. Für Offert. u. b. Ausnahmestellung werden jew. 7 000 000 RM. mehr berechnet. Schluss der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Konfursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaf in Waldbad.

Nummer 255

Februar 179

Waldbad, Donnerstag, den 1. November 1923

Februar 179

58. Jahrgang

Tagespiegel

Die nächste Reichstags-Sitzung wird voraussichtlich am nächsten Dienstag stattfinden.

Eine englische Finanzvereinbarung hat den deutschen Reichseisenbahnen unter der Bürgschaft Berliner Großbanken einen Kredit von 3 Millionen Pfund Sterling, vorläufig auf 6 Monate, zu dem in London üblichen Zins zur Beschaffung englischer Kohlen gewährt.

Nach der „Times“ ist der Rücktritt des britischen Botschafters in Berlin Lord D'Urban in nächster Zeit zu erwarten. In seine Stelle werde der frühere Oberkommissar in Konstantinopel, Sir Horace Rumbold, treten.

Die englische Regierung fordert die Verbündeten auf, ihre Sachverständigen zu dem Ausschuss für die Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit zu ernennen.

Ismed Pascha hat als Präsident das neue türkische Kabinett gebildet.

Unsere Zahlungsfähigkeit

Mag die neugeplante Konferenz von Sachverständigen zur Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit auch wenig Aussicht darauf bieten, daß sie Frankreich von seiner Politik der Zerstörung abbringt, so sollte sie doch einen Erfolg haben, der nicht gering angeschlagen werden darf. Sie sollte der französischen Politik eine ihrer hauptsächlichsten Waffen aus der Hand winden. Diese Politik hat es verstanden, die französische Heeresmacht, welche Deutschlands wichtigste Kraftquelle zerstört, in das harmlose Mäntelchen eines Gerichts-vollziehers zu kleiden, der bei einem böswilligen Schuldner zur Pfändung habe schreiten müssen, nachdem alle Zahlungsaufforderungen sich als nutzlos erwiesen hätten. Diese Behauptung kann nicht besser widerlegt werden als durch die von unparteiischer Seite vorgenommene Feststellung, daß wir bereits gewaltige Zahlungen geleistet haben, daß wir willens sind, nach unserem Vermögen weiterzahlen, daß die uns auferlegte Schuldsomme aber bei weitem unsere Zahlungsfähigkeit übersteigt.

Aber wird eine wirklich unparteiisch vorgehende Konferenz auch zu diesem Ergebnis kommen? Wir dürfen ihrem Urteil getroßt entgegengehen und brauchen uns dabei nicht nur auf unser eigenes gute Gewissen zu stützen. Wer immer im Ausland sich bisher in wissenschaftlicher Weise mit unserer Zahlungsfähigkeit beschäftigt hat — z. B. Keynes in England, Mitchell in Italien — hat feststellen müssen, daß Deutschland die ihm auferlegten Zahlungen nicht leisten kann. Vor allem aber gewinnen angesichts der geplanten Konferenz erhöhte Bedeutung die Untersuchungen, welche das Volkswirtschaftliche Institut in Washington angestellt hat. Das Buch des Instituts „Die Zahlungsfähigkeit“ hat inzwischen seinen Weg nach Deutschland gefunden und erweist sich in der Tat als die gediegenste und zugleich erschütterndste Behandlung der Entschädigungsfrage, die bisher unternommen worden ist.

Die Verfasser, H. B. Moulton und C. E. McGuire untersuchen zuerst, wie ein Staat Schulden an einen andern Staat überhaupt abtragen, d. h. wie er greifbaren Reichtum über die Landesgrenze hinüberbringen kann. Der einfachste Weg ist die Ablieferung von Gold und Silber; aber wenn Deutschland auch den ganzen Rest seines Goldbestands auszuhandeln wolle, so würde es kaum eine Halbjahresleistung aus dem Londoner Abkommen damit abtragen können! Natürlich würde diese Ablieferung gleichzeitig eine katastrophale Schwächung der inneren Finanzkraft Deutschlands und damit eine wesentliche Verringerung seiner weiteren Zahlungsfähigkeit darstellen. Zahlungen in Papiermark hat die Entschädigungskommission verboten, und der Ankauf von Gold oder goldwertigen Devisen gegen Papiermark durch die deutsche Regierung war, wie die Erfahrung gelehrt hat, nur solange möglich, wie das ausländische Publikum noch hoffen konnte, daß die Papiermark einmal wieder gegen Gold einlösbar werden würde.

Ein dritter Weg wäre die Tilgung der Schuld durch Ableistung von Arbeit gewesen; er ist von Deutschland wiederholt vorgeschlagen, von Frankreich aber ständig abgelehnt worden. So bleibt als letzter Ausweg im wesentlichen nur die Sendung an Gütermengen über die Landesgrenze übrig, und wenn diese nicht von der Substanz genommen und schnell erschöpft sein sollen, so kann Deutschland große Jahreszahlungen über einen längeren Zeitraum nur leisten, indem es eine die Bezahlung seiner Einfuhr erheblich übersteigende Ausfuhr bewerkstelligt. Dabei kann dieser Ueber-schuß entweder, in Form von Sachlieferungen, unmittelbar an die Gläubigerstaaten gehen oder es kann ihnen der Verdienst an der deutschen Mehrausfuhr nach andern Ländern überwiesen werden. Sie werden diesen Verdienst zum aller-größten Teil nur in der Form der Wareneinfuhr aus jenen

Unnachgiebige Haltung der bayr. Regierung

Erklärung des bayerischen Ministerrats

München, 31. Okt. In später Nachtstunde hat die bayerische Regierung eine Erklärung des Ministerrats bekannt gegeben. Am 22. Oktober habe die Regierung den bayerischen Reichswehr zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung in Pflicht genommen. Der Rechtszustand sei daher verfassungsmäßig. Die Veranlassung bilde die neuerliche Eingriff in die staatliche Polizeihohheit Bayerns. Er habe die grundsätzliche Frage des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Einzelstaaten aufgerollt. In erster Linie müsse diese Frage im Interesse des Reichs und der Länder einer endgültigen Lösung zugeführt werden, um die Sicherheit dafür zu schaffen, daß Streitfälle für die Zukunft unmöglich werden, wie sie bisher Jahr für Jahr das politische Leben des Reichs und der Länder erschüttert haben. Einigkeit bestand auch darüber, daß eine Veränderung im Oberbefehl des bayerischen Teils der Reichswehr untragbar wäre. Die Forderung der Reichsregierung zu erteilenden Antwort bleibt weiterer Beratung vorbehalten.

Die Demokratie gegen Bayern

Berlin, 31. Okt. Die demokratische Reichstags-fraktion sendet eine Abordnung an den Reichskanzler mit der Forderung, die Hoheit des Reichs gegen Bayern durchzusetzen. Es sollen bei Weigerung Bayerns Maßnahmen gegen Bayern ergriffen werden.

Der Fraktionsauschuß des Zentrums sprach sich für Weiterbestehen der Großen Koalition aus. Ueber die Stellungnahme des Reichs zu Bayern wurde kein Beschluß gefaßt, da mehrere Mitglieder des Ausschusses an der Sitzung nicht teilnahmen.

Generalkrieg in Franken?

Berlin, 31. Okt. D. B. meldet, die Berliner Zeitung der Sozialdemokratischen Partei bemühe sich, in Bayern einen Generalkrieg hervorzurufen, um die sofortige Entlassung von Kahr und von Lossow zu erzwingen. Die Arbeiter seien sehr beunruhigt und wollen von dem Streik nichts wissen, da er nur den Arbeitgebern den erwünschten Grund zu Massenkündigungen geben würde.

andern Ländern einziehen können, denn die ganze Goldherzeugung der Welt seit der Entdeckung Amerikas deckt nicht mehr als die gute Hälfte der Summe, die Deutschland nach dem Londoner Plan zu zahlen verpflichtet ist! Also sind auch diese scheinbaren Barzahlungen in Wirklichkeit Sachlieferungen. Die Verfasser beenden dies Kapitel damit, daß sie die Märchen über andere Möglichkeiten der Schuldablieferung, die unter den Umständen ungenügend zerstören, wobei sie besonders der Einfammlung deutscher Steuern durch die Verbündeten, wie sie die Franzosen und Belgier heute versuchen, zu Leibe gehen. Wenn diese Steuern für die Gläubiger greifbaren Wert gewinnen sollten, müßten sie in ausländische Währung umgewandelt werden, was auf die Dauer wieder nur geht, wenn die Devisen durch Ausfuhrüberschuß bezahlt werden können.

Wie sieht es nun mit dem deutschen Ausfuhrüberschuß aus? Im Frieden schon hatte Deutschland eine positive Handelsbilanz, und es war ihm nur durch die sogenannten unsichtbaren Guthaben — ausländische Werte, Schiffahrtsverdienst, Versicherungen usw. — möglich, einenmäßigen Ueber-schuß über seine Einfuhr ausgaben zu erzielen. Die Einfuhr diente nur zum kleinsten Teile dem Luxusbedürfnis und bestand im wesentlichen aus Waren, die Deutschland notwendig brauchte. Selbst in dem günstigen Jahr 1913 hätte Deutschland von seinem damaligen Ausfuhrüberschuß nicht die Hälfte der ihm in London auferlegten Jahreszahlung leisten können! Seit dem Krieg hat Deutschland einen Ueber-schuß der Einfuhr über die Ausfuhr, den die Verfasser für die Jahre 1919 bis 1922 auf 10 Milliarden Goldmark berechnen. Trotzdem hat Deutschland in diesen Jahren das Wunder vollbracht, gewaltige Entschädigungszahlungen zu leisten; die Verfasser beziffern sie auf 26 Milliarden Goldmark. Das Wunder ist natürlich nur scheinbar und stößt die wirtschaftlichen Befehle, welche die Verfasser angeführt haben, nicht um. Denn Deutschland hat diese Leistungen vollbracht, indem es 1. seinen Auslandsbesitz verlor — wozu auch sein Besitz in den abgetretenen Gebieten gehört —, indem es 2. den Betrag von 1250 Millionen Mark in Gold abgelieferte, indem es 3. dem

München vorläufige Antwort.

München, 31. Okt. Die vorläufige Antwort, die Dr. Preger am Mittwoch in Berlin übermittelt hat, kann immerhin als Beteuern des Verhandlungsweges aufgefaßt werden. In der Hauptsache soll die Antwort in Rückfragen bestehen, u. a. aber auch die entschiedene Verwahrung der bayerischen Regierung gegen den Vorwurf des Verfassungsverstoßes enthalten sowie die Feststellung, daß nach bayerischer Auffassung eine Regelung der Personalfrage unter Oberführung des Generals von Lossow nicht in Betracht kommen kann.

Kahr's Maßnahmen an der „Grenze“.

Berlin, 31. Okt. Dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ wird aus München eine Anweisung des bayerischen Generalkommissars v. Kahr an sämtliche bayerische Gendarmeriestationen mitgeteilt, die angeblich „streng geheim“ gegeben worden ist. Sie lautet:

„Die Lage in Sachsen und Thüringen erfordert, daß an der bayerischen Grenze Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Hierzu ist vor allem erforderlich, daß alle bedeutsamen Vorgänge auch in den Nichtgrenzbezirken erkundet und der Regierung gemeldet werden. Wichtig ist vor allem, möglichst bald ein eingehendes Bild über die politische Lage und die Stimmung diesseits und jenseits der bayerischen Grenze zu erhalten. Es ist vor allem festzustellen: 1. Sind in Sachsen und Thüringen bereits kommunistische Organisationen festgestellt? Wo und in welcher Stärke und mit welchem Zweck? 2. Besteht die Absicht, jenseits der bayerisch-sächsisch-thüringischen Grenze bei „allenfallsigen Reichsaktionen“ Widerstand zu leisten? Wie ist der Widerstand beabsichtigt? Ist etwa unter Umständen ein Uebertritt kommunistischer oder anderer Verbände nach Bayern beabsichtigt? 3. Ist kommunistischer Kurierdienst bereits aufgerufen und in Tätigkeit? Wie kommt er zum Ausdruck, besteht eine Verbindung zwischen den Anhängern der kommunistischen Partei in Bayern mit denjenigen in Sachsen und Thüringen?“

Die Anordnung fordert dann zur strengen Ueberwachung der sozialistischen und kommunistischen Führer auf, um Zweckdienliches zu erfahren. Es sollen zunächst Beamte des Forst-, Zoll-, Post- und Eisenbahndienstes in Bayern mit diesem Auftrag betraut werden.

Ausland einen gewissen Betrag von Papiermark „aufhängt“ und indem es 4. Aktien und Liegenschaften in Deutschland an Ausländer verkaufte. Bis auf den dritten Punkt, der mit der fortschreitenden Entwertung der Mark

sein natürliches Ende findet, sind alles dies nur einmalige Zahlungen, die nicht wiederholt werden können, wenn nicht Deutschland seinen Substanzverlust bis zur Selbstverrichtung fortsetzen soll. Was Deutschland inzwischen an neuen Auslandguthaben erworben hat, namentlich die berühmten Devisen in ausländischen Banken, ist dringend nötig, um trotz der äußerst ungünstigen Handelsbilanz dem Wirtschaftsleben Rohstoffe zuzuführen, damit es nicht gänzlich zum Erliegen kommt. Was schließlich die eigentlichen Sachlieferungen angeht, so sind sie entweder ebenfalls von der Art, daß sie nur einmal geleistet werden konnten, wie die Abgabe der Handelsflotte, von Hafenanlagen usw., oder sie vergrößern, wie die Kohlenlieferungen, den Fehlbetrag der Ausfuhr gegenüber der Einfuhr und befördern damit den Kräfteverfall der deutschen Wirtschaft.

Zur Frage der künftigen Leistungen Deutschlands stellen die Verfasser folgende Tatsachen fest:

1. Da Deutschland augenblicklich und auf lange Jahre hinaus aus unsichtbaren Quellen praktisch kein internationales Nettoeinkommen hat, hängt seine Fähigkeit zur Erlangung ausländischer Wechsel und damit zu Entschädigungsleistungen beinahe völlig von seinem Außenhandel ab.

2. Da sich das ganze Wirtschaftssystem Deutschlands in der Weise entwickelt hat, daß roh gerechnet 20 v. H. seiner Bevölkerung ohne fortgesetzte Lebensmitteleinfuhr nicht leben und die meisten Industrien ohne ausländische Rohstoffe nicht arbeiten können, muß die Bereitstellung dieser unumgänglichen Einfuhr allem andern vorangehen. Dies ist nicht nur erforderlich zur Erfüllung der Vertragsverpflichtungen, sondern geradezu zwingend notwendig, wenn nicht ein beträchtlicher Teil der städtischen Bevölkerung unkommen soll.

3. Die zur Erhaltung des Kräftezustands und zur Hebung der Produktion auf den ungefähren Vorkriegszustand erforderliche Einfuhr beziffert sich auf etwa 14 Milliarden Gold-



markt, der im Jahr 1922 nur eine Einfuhr von etwa 6,2 Milliarden gegenüberstand.

4. Die deutsche Einfuhr muß daher allein zur Zahlung der unbedingt notwendigen Einfuhr 14 Milliarden Goldmark beitragen. 1922 betrug sie weniger als die Hälfte.

5. Die Fähigkeit zu Entschädigungszahlungen wird Jahr für Jahr bestimmt werden durch den Ueberschuß der Ausfuhr über diese 14 Milliarden.

6. Gegenwärtig ist die Gesamteinfuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen zusammen mit der heimischen Erzeugung ungenügend zur Erhaltung der Bevölkerung in voller Arbeitsfähigkeit und der Industrie in voller Tätigkeit. Der größte Teil der deutschen Bevölkerung ist ernstlich unterernährt.

7. Die Auslandsmärkte Deutschlands sind seit dem Krieg stark beschnitten worden in ihrer Aufnahmefähigkeit durch die allgemeine Verarmung Europas, dann aber durch die Aufrichtung von Zollschranken gegen die Einfuhr deutscher Waren gerade von Ländern, die erklären, daß Deutschland alles bezahlen kann und muß.

„Es gibt kaum“, sagen die Verfasser wörtlich, „ein besseres Zeugnis menschlicher Abberheit und Schwachköpfigkeit als die Forderung eines Teils der Verbündeten auf ungeheure Entschädigungsleistungen und die gleichzeitige Unmöglichkeit dieser Leistungen durch Unterbindung der deutschen Ausfuhr. Das Traurigste dabei ist, daß selbst heute noch viele diesen Widerspruch nicht begreifen. Große Entschädigungsleistungen können nur gemacht werden, wenn die deutsche Lebenshaltung unter dem Existenzminimum oder zum mindesten auf dem Minimum gehalten wird, bei dem soziale Notlagen unvermeidlich werden. Das Herunterdrücken von Lohn und Produktionskosten unter den Weltmarktstand sowie damit die Unterbietung aller Konkurrenz sind der einzige Weg zur Erlangung eines beträchtlichen Ausfuhrüberschusses.“

Die Reichsregierung sollte von dem Buch dieses hochangesehenen amerikanischen Instituts sofort eine gute deutsche Uebersetzung anfertigen, außerdem eine volkstümliche, abgekürzte Ausgabe herstellen und diese in allen Weltsprachen verbreiten lassen.

Wirtschaftsräte im besetzten Gebiet.

Mit auffallendem Eifer suchen die leitenden Stellen der Besatzungsmächte im Sanktions- und im Einbruchgebiet ein Reg. von Wirtschaftsräten in Wirklichkeit zu setzen. Vor kaum zwei Wochen gaben die Franzosen die erste Anregung, und schon ist ein Wirtschaftsrat für den Düsseldorf-Bezirk seit einer Woche in Tätigkeit. In Essen ist vor wenigen Tagen ein Wirtschaftsrat gebildet worden, und die Bildung von Wirtschaftsräten in den Bezirken Duisburg, Bochum und Dortmund ist im Gange. Daran geht klar eine wirtschaftliche Zusammenfassung des Sanktions- und Einbruchgebietes hervor. Und gestern haben die Franzosen durch ihren Propagandadienst kundgetan, daß der kommandierende General Degoutte sich mit der Zusammenfassung dieser Wirtschaftsräte, oder wie die Franzosen sich ausdrücken, „mit der Schaffung einer höheren ökonomischen Einrichtung, deren Besuzn je einen erweiterten Charakter haben sollen“, befaßt. Ueber diese für die gesamte Bevölkerung des Rhein- und Ruhrgebiets lebenswichtigen Vorgänge kann die „Köln. Zig.“ folgendes feststellen:

Während der Ansuchen und Forderungen in Düsseldorf vor zwei Wochen sah sich die Düsseldorf-Stadtverwaltung bei dem kleinen Bestand ihrer Sicherheitspolizei gezwungen, an die französische Besatzungsbehörde wegen Hilfe für Ordnung heranzugehen. Bei den so gewordenen Verhandlungen im Rathaus zwischen städtischer Verwaltung, Besatzungsbehörde und Wirtschaftlern gab der Vertreter der Franzosen die Anregung, engere Fühlung zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft zu nehmen und durch die Stadtverwaltung und die Handelskammer Vorschläge zur Gründung eines Wirtschaftsrates machen zu lassen. Aufgabe dieses Wirtschaftsrates sollte sein, alle Fragen zur Wiederaufrichtung der gesamten Wirtschaft,

der Industrie, des Handwerks, des Handels, des Finanzwesens, des Verkehrs- und Transportwesens usw. zu prüfen. Schon acht Tage nach dieser Anregung konnte der Düsseldorf-Wirtschaftsrat seine erste Sitzung halten. Den Vorsitz führte ein Vertreter der städtischen Verwaltung, der Beigeordnete Dr. Vehr. Der Wirtschaftsrat zählt 17 Mitglieder, 12 Deutsche und 5 Franzosen. Auf der deutschen Seite sitzen Vertreter der Stadtverwaltung, der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Großindustrie, der mittleren und der kleinen Industrie, des Transport- und Spediturwesens, der Banken, der Landwirtschaft, der freien Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften und der Fisch-Duisburger Gewerkschaften.

Die Staatsregierung und die Reichsregierung sind an diesen Wirtschaftsräten nicht im geringsten beteiligt, sie sind vollständig ausgeschlossen. Diese Wirtschaftsräte werden von den Franzosen aufgebaut auf den Poinecaré'schen Gedanken, nicht mit Berlin zu verhandeln, sondern sich an die örtlichen Organisationen zu halten. Die Wirtschaftsräte können keine Beschlüsse fassen, sondern nur Ausdrachen halten und Vorschläge machen. Alle aus den Ausdrachen sich ergebenden Vorschläge werden von den französischen Vertretern dem kommandierenden General Degoutte übermittelt. Bei diesem steht jede Entscheidung, jeder Entschluß. Der Düsseldorf-Wirtschaftsrat wie die andern Wirtschaftsräte, die unter französischem Einfluß entstehen, sind wirklich nur Räte ohne jede Befugnis zu irgendwelchem selbständigen Handeln. In der ersten Sitzung des Düsseldorf-Wirtschaftsrates hat sich das deutlich gezeigt. Die Vertreter verschiedener Körperschaften redeten sich alles vom Herzen herunter, was sie so schwer bedrückt. Die Gewerkschaftsführer z. B. schilderten die kommenden Tage überaus dunkel und folgenschwer und vor allem die beängstigenden Folgen der rasch wachsenden Arbeitslosigkeit. Handel und Industrie erläuterten die Bedeutung der Beschaffung von Kohlen und Rohstoffen und der Behebung des Kredits und verlangten Befreiung von der Kohlensteuer oder wenigstens Stundung dieser Steuer. Das alles hörten die fünf Franzosen ruhig an. Sie gaben keine Auskunft auf alle Vorschläge, Wünsche und Klagen, sie redeten überhaupt kein Wort. Das wird ein Charakteristikum dieser Wirtschaftsräte sein und beweisen, daß die Vertreter der Franzosen im Vertrauen auf die unerlöschliche Weisheit des Deutschen sich mehr auf das Hören und Erklären von Schwächen in der deutschen Stellung beschränken werden. „Beobachten und warten“ ist in diesen Tagen für alle Gebiete als französische Lösung ausgegeben worden.

Auch in den Ausschüssen des Wirtschaftsrates können keinerlei Beschlüsse gefaßt werden. In diesen Ausschüssen kommen nur Punkte zum Wort, aber sie dürfen nur Anregungen geben und Vorschläge machen, die durch die französischen Vertreter lediglich an eine andere französische Stelle zur Prüfung weitergeleitet werden. Der wichtigste Ausschuß ist der für Kohlen und Rohstoffe. Dieser Ausschuß hat schon eingehend die Kohlenfrage besprochen und dabei die bedeutendste Einzelfrage, Zahlungsvereinfachungen für die rückständige Kohlensteuer, behandelt. Sehr lehrreich für die Bedeutung und die Wirksamkeit dieser Wirtschaftsräte ist die Bemerkung die in dem französischen Bericht über die Kohlenausbeziehung und die Frage der Kohlensteuer gemacht wird. Die französische Besatzungsbehörde sagt dazu: „Es muß bemerkt werden, daß die Wirtschaftsräte sich nicht mit dem Zahlungsgrundgesetz der Kohlensteuer noch mit einer Erörterung über bestehende Verfügungen zu befassen haben.“ Also nicht einmal eine „Erörterung“ der bestehenden französischen Verfügungen soll in den Wirtschaftsräten zugelassen werden? Welche praktische Bedeutung sollen dann diese Wirtschaftsräte überhaupt haben?

Während dieser Verhandlungen in den letzten Tagen

haben die Franzosen alle großen Holzläger im Düsseldorf-Bezirk beschlagnahmt, und jetzt lassen sie sich in täglichen Verhandlungen Teilmengen dieser beschlagnahmten Holz für den dringendsten Bedarf der Industrie und des Handwerks abbetten. Für den Fernverkehr, heute auch ein wesentliches Instrument wirtschaftlicher Wirtschaft, ist dieselbe französische Hemmungsbremse zu beobachten. Für die Wiederaufnahme des Fernverkehrs in Düsseldorf haben die Franzosen angeordnet, daß für jeden einzelnen Anschluß eine besondere Genehmigung der Besatzungsbehörde eingeholt werden muß und daß zunächst einmal nur zehn Anschlüsse wieder freigegeben werden, wofür die Handelskammer Vorschläge machen soll. Eine solche französische Verfügung gilt für ein Fernverkehrsnetz mit bisher 15 000 Anschlüssen! Ueber bestehende französische Bestimmungen soll aber einem Wirtschaftsrat nicht einmal eine „Erörterung“ gestattet sein! Ueberall stößt man, auch jetzt in diesen Wirtschaftsräten, auf den französischen Grundsatz: „Wir beobachten und warten.“

Sachsen und Moskau

In der Moskauer „Pravda“ vom 19. Oktober schreibt der Bolschewistenführer Sinowjew-Apfelbaum: In Sachsen ist die kommunistische Partei in die Regierung eingetreten. Sie verfolgt damit einen doppelten Zweck. Sie hilft damit der Vorhut Sachsens, sich auf einem bestimmten Gelände festzusetzen und es zum Ausgangspunkt weiterer Kämpfe zu machen. Zweitens gibt sie den linken Sozialdemokraten Gelegenheit, sich in Taten zu zeigen und damit die letzten Selbsttäuschungen der Arbeiter zu zerstören. Der Versuch der Kommunisten in Sachsen ist natürlich mit Genehmigung der kommunistischen Internationale unternommen worden, aber von großen Gefahren begleitet. — Der Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung hat nur dann einen Sinn, wenn damit Sicherheiten gegeben sind dafür, daß die Staatsgewalt wirklich der Arbeiterklasse zu dienen beginnt, daß wirklich die Bewaffnung von Zehntausenden von Arbeitern gegen den bayerischen und den allduische Faschismus einleitet und auch wirklich die massenweise Austreibung bürgerlicher Beamter aus dem Staatsmechanismus vor sich geht. Wenn die jetzige sächsische Regierung das Land wirklich zum Sammelpunkt aller revolutionär-proletarischen Kräfte des Reichs macht, wird sie auch die nötige Unterstützung finden. Die endgültige Eroberung des gesamten Proletariats würden die Kommunisten nicht durch Abstimmungen, sondern nur in den heranrückenden Schlachten erreichen.

Der Streitfall mit Sachsen

Neues Ministerium in Sachsen

Dresden, 31. Okt. Der sächsische Landtag, dessen Zusammentreten vorerst verboten worden war, ist mit Zustimmung des Reichskommissars Dr. Heinze gestern nachmittags 2 Uhr einberufen worden, um eine neue Regierung zu wählen. Vor der Wahl verließen die Deutschnationalen und die Kommunisten den Saal. Zum Ministerpräsidenten wurde nach fast 12stündiger Sitzung Abg. F. Ellrich (Soz.) mit 48 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten gewählt. Die Deutsche Volkspartei gab 18 Stimmen auf den Abg. K. K. ab. — Ellrich war im vorletzten Kabinett Wirtschaftsminister. Die Kommunisten hatten alle Anstrengungen gemacht, die Sozialdemokraten noch einmal zu einem Zusammengehen zu bewegen, und bei einem Teilbestand Neigung dafür. Der Reichskommissar erklärte jedoch, in diesem Fall müßte der Ausnahmezustand ohne Regierung verlängert werden. Die neue rein sozialdemokratische Regierung hat die Unterstützung der Demokraten.

Rechtsgutachten über die Verfassungsmäßigkeit der sächsischen Regierung

Berlin, 31. Okt. Die Reichsregierung hat ein Rechtsgutachten eingefordert, ob eine Minderheitsregierung, wie das neugewählte sozialistische Kabinett in Sachsen auch ohne die Bedingung einer parlamentarischen Mehrheit als eine der Verfassung entsprechende Regierung anzusehen sei, da für Sachsen kein eigenes Ermächtigungsgesetz vorliegt. Die wei-

Aus Münchens guter alter Zeit

(Lex mihi ars — Die Kunst mein Gesetz)

Musikroman von Dr. Hans Fischer-Hohenhausen.

80

Nachdem verboten.

Nach dem Konzert hatte Herr Strauß das Walther-Quartett (diesmal zu sich) eingeladen, und zwar auf Betreiben seiner Frau, welche ihren Sohn und Frau Mitsch nicht bei einander sehen konnte. Mit dem sechsten Sinn, den Mütter für ihre Kinder haben, witterte sie etwas Unpassendes an dem Verhältnis. Den Buben warnen wollte sie nicht — damit hätte sie gerade das Gegenteil erreichen können — und nun gar ihrem Mann etwas davon zu sagen! Nur das nicht! Da war es nun doch noch das kleinere Uebel, daß der nichts merkte.

So fand im engsten Familientreife nur mit den Künstlern, die das Werk Roberts herausgebracht hatten, eine schöne Feier statt. Vater und Sohn umarmten sich wiederholt; über die Zukunft wurde nicht viel gesprochen, man wollte alles erst an sich herantreten lassen. Denn daß es hier kein Zurück mehr gab, das sahen alle ein.

So war dieser Abend ein Markstein im dem Leben des jungen Meisters.

Siebentes Kapitel.

Jahre waren inzwischen dahingeroht.

Für die Entwicklung der Musik überhaupt bedeuteten diese Jahre einen gewaltigen Umschwung. Der viel angefeindete Magier von Bayreuth hatte sich durchgesetzt. Vielleicht wäre der Umschwung rascher gekommen, wenn nicht die Unentwegten, die Nichts-als-Wagnerianer, gewesen wären — Leute, die sich geberdeten, als ob es eine Musik vor Wagner überhaupt nicht gegeben hätte. Rein Hanslich hat Richard Wagner und seinem Triumphzug derartige Hindernisse bereitet, als die blinden Berehrer, welche blasiert oder mit lebenswürdiger Herablassung in einer Mozartoper saßen, aber in Begeisterung ausbrachen, wenn in Wahnsried der Meister aus Versehen mit seiner

Rehrseite die Tasten des Klaviers berührt hatte. Eine derartig trübselige Verhimmelung forderte zum Widerspruch heraus und hat die Sache Richard Wagners mehr gehemmt, als die blödesten Schimpfereien.

Von einem kleinen Häuflein Bestockter abgesehen, war Publikum und Presse in München jetzt für die Tondramen Richard Wagners gewonnen. Biel trug dazu bei, daß damals seine Werke kaum in irgend einem andern Kunstinstitut so vollkommen aufgeführt wurden, als im Münchener Hoftheater, insbesondere vom Ehepaar Vogl, Reicherkindermann, unter den von Bayreuth unmittelbar beeinflussten Hofkapellmeistern Leo und Fischer. Auch Richard Strauß hatte längst seine ihm vom Vater künstlich eingepflanzte Vorurteile aufgegeben, ohne in seinen eigenen Werken vom blinden Nachbeter Wagners zu werden.

Aber gerade in dieser alles überragenden Stellung, welche der Dichter-Komponist in Wahnsried Sachverständigen und Laien abgetrotzt hatte und auf welcher er nun thronte, so fest und sicher, daß man schon anfang, seine noch hie und da vorhandenen Feinde als Sonderlinge zu betrachten, lag wieder ein schweres Hindernis für die Entwicklung des jungen Nachwuchses der Komponisten. Denn als man endlich die gewaltige Größe Wagner'scher Werke zu ahnen begann, da erhob sich die Frage: Ist jetzt ein Fortschritt, ein Ueberbieten überhaupt noch denkbar? Sind wir nicht mit diesem Riesen am Ende der musikalischen Möglichkeiten angelangt?

Und schon lebten und wirkten im Stillen die jungen Musikgrößen, welche der Welt bald beweisen sollten, daß auch nach Wagner Tonmeister kamen, wie nach Bach und nach Beethoven.

Unser Quartett: Richard Strauß, Hans Fischer, Franz Gebhard, Leo Hellert hatte im Laufe der letzten Jahre eine etwas andere Zusammensetzung erhalten. Die ersten drei waren mittlerweile Primaner geworden, Leo Obertertianer. Der Vater des Letzteren, der durch nichts zu bewegen war, dem Sohn den Uebertritt aufs Konservatorium zu ge-

statten, bremste im Gegenteil mit allen Mitteln väterlicher Autorität und war entsetzt, das Gymnasialstudium zu erzwingen. Deshalb, so sagte er, durste Leo nur noch ausnahmsweise mit seinen Kameraden musizieren und statt seiner sah meist Ferdinand Bonn am Pult der ersten Bioline. Auch der Cellist wurde meistens durch Arthur Seidl vertreten, da Franz Gebhard durch seine Vorbereitung zur Schlußprüfung sich eingehender mit Homer und Horaz beschäftigte. Von Richard Strauß aber standen schon wiederholt Kompositionen von Liedern, Chören, kleineren Orchesterwerken auf den Konzertprogrammen der Hauptstadt, und selbst das Konservatorium der Musik hatte sich daran gewöhnen müssen, ihn ernst zu nehmen.

Eines Tages kam er mit geheimnisvoller Miene ins Gymnasium — er war inzwischen 17 Jahre alt geworden, sehr groß, aber immer noch schmal — und frug seinen Mitschüler Fischer:

„Weißt Du das Neueste?“

„Du meinst wohl, daß in dem Winter eine Symphonie von Dir aufgeführt wird,“ antwortete Hans. „Hab' ich schon gehört!“

„Davon wollte ich jetzt nicht sprechen, das hat ja schon in der Zeitung gestanden. Aber“, fuhr er leise sprechend fort, „weißt Du, daß Richard Wagner den ‚Parfival‘ fertig komponiert hat, und daß er im nächsten Juli (1882) in Bayreuth aufgeführt werden soll?“

„Das steht doch auch in allen Zeitungen.“

Richard sah sich nach allen Seiten um und wisperte endlich dem Hans Fischer ins Ohr:

„Kannst Du schweigen?“

„Aber natürlich!“

„Du mußt mir heilig versprechen, es niemand zu sagen — der König geht natürlich nicht nach Bayreuth. Darum hat er befohlen, daß ‚Parfival‘ für ihn allein im Hoftheater gegeben werden soll und zwar schon bald.“

„Woher weißt Du das?“

„Durch meinen Vater, der doch damit beschäftigt ist.“

(Fortsetzung folgt.)

teren Entscheidungen der Reichsregierung werden von dem Ausfall des Rechtsgutachtens abhängen.

Berlin, 31. Okt. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat keinen Beschluß über das Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der großen Koalition gefaßt in der Erwägung, daß die Reichsregierung unvermeidlich nach rechts sich wenden würde. Die Aufforderung der Kommunisten, eine gemeinsame Front zu bilden, wurde abgelehnt. Der „Vorwärts“ berichtet, in dem Vorgehen gegen die sächsische Regierung seien die Weisungen des Reichspräsidenten nicht eingehalten worden. Die allgemeine Ermächtigung an den Reichstanzler sei an die Bedingung geknüpft worden, daß über die Durchführung zunächst mit den übrigen Mitgliedern des Reichskabinetts und den Parteiführern beraten werde, was nicht geschehen sei, vielmehr habe sich die Ernennung des Reichskommissars Dr. Heinze und die Abfertigung der sächsischen Regierung in einer Stunde abgewickelt. Das Blatt des Reichstanzlers, die „Zeit“, gibt dies zu, sagt aber, es liege eine Uebereinkunft Heinzes vor.

Der Reichskommissar Dr. Heinze ist von Dresden nach Berlin abgereist.

In Reichstagskreisen gilt es noch nicht für ausgeschlossen, daß bei weiterem Verlauf der Parteienkrise es zu einer Reichstagsauflösung kommen könne.

Der Generalfreik geschleiert

Dresden, 31. Okt. An dem ausgerufenen Generalfreik haben sich die Arbeiter der staatlichen und vieler Privatbetriebe nicht beteiligt. Im Erzgebirge wird allgemein gearbeitet. Die Zeitungen erscheinen wie gewöhnlich.

Neue Nachrichten

Der Kronprinz in Deutschland

Berlin, 31. Okt. Kronprinz Friedrich Wilhelm hat auf sein Ansuchen von der Reichsregierung die Erlaubnis erhalten, nach Deutschland zurückzukehren. Er ist bereits von Birmingen (Holland) nach Schloß Dels in Schlesien, seinem Privatbesitz, zu seiner Familie abgereist. — Der Kaiser soll ihm von der Reise abgeraten haben.

Neue Opfer

Paris, 31. Okt. Die Völkerverkonferenz wird von der französischen Reichsregierung eine Erhöhung des Soldes der Offiziere der Ueberwachungskommission verlangen, die der Entwertung des deutschen Geldes entspricht.

Ueberfall auf Bingen

Bingen, 31. Okt. In der Nacht zum Montag besetzten fremde Banden der Sonderbündler die öffentlichen Gebäude. Während der deutschen Polizei von der französischen Behörde der Waffengebrauch streng untersagt ist, waren die Sonderbündler schwer bewaffnet. — In Ball mußte der sonderbündlerische Bürgermeister, nachdem er von der erbitterten Volksmenge aus dem Bett geholt war, auf der Straße niederknien und seinen Verrat feierlich abschwören. Alle die, die seit langem auf der Verräterliste stehen, fanden keine Schonung. So wurde in Dleef ein berühmter Bandit und Erz-„Rheinrepublikaner“ zu Tode geprügelt.

In Oberhausen bei Schleyden band die Volksmenge den Hauptführer der Sonderbündler an einen Baum, verprügelte ihn und bestieg ihn schließlich von oben bis unten mit Teer. Nur mit Rücksicht auf sein Alter schlug man ihn nicht tot.

Enstand gegen die „Rheinische Republik“

Paris, 31. Okt. Die britische Regierung hat in Paris eine Note übergeben lassen, die gegen die Stellungnahme Frankreichs und Belgiens für die Abfallbewegung im Rheinland Protest erhebt. Diese Bewegung entspreche nicht den Gefühlen der Bevölkerung. Die britische Regierung werde eine aus dem Abfall etwa hervorgehende Regierung weder rechtlich noch faktisch anerkennen.

Die Rheinlandkommission hat die beabsichtigte Anerkennung der Rheinischen Republik ausgesetzt.

Die Entschädigungsfrage

Newyork, 31. Okt. Der Vorsitzende der internationalen Handelskammern, Wallace Wood, wird nach Paris abreisen, um eine Konferenz der Kammern am 12. November zur Besprechung der Entschädigungsfrage vorzubereiten. 38 Staaten sollen vertreten sein.

Nach dem Londoner „Daily Express“ erblickt man in den Bedingungen Poincarés kein Hindernis für die Sachverständigenkonferenz. Diese werde eine „Hoffnungsstraße“ eröffnen, die doch zur endgültigen Lösung führe.

Schwere Kämpfe in Düsseldorf

Düsseldorf, 31. Okt. Die zu förmlichen Gefechten zwischen Polizei und Plünderern sich auswachsenden Ausschreitungen haben nunmehr auch die Besatzungsbehörde zu härterem Einschreiten in die schweren Unruhen gebracht, unter denen Düsseldorf seit drei Tagen leidet. Die Besatzungsbehörde verlangt jetzt von der Polizei, daß sie rücksichtslos mit der Waffe gegen alle Plünderer vorgehe. Französisches Militär wird, wo es jetzt notwendig erscheint, sofort zur Unterstützung der Polizei gestellt. Auch bei den Plünderungen und bei den Zusammenstößen mit der Polizei am Samstagabend und am Sonntag war zu beobachten, wie ältere Leute die Ausschreitungen leiteten und lediglich größere Trupps von Jugendlichen ins Vordertreffen schickten. Längere Feuergefechte gab es in den Stadtteilen Derendorf, Geresheim und Oberbill. In Geresheim wurde das Amtsgericht gestürmt; dort wurden alle Strafgefangenen in Freiheit gesetzt. Bei den Plünderungen von Lebensmittelgeschäften wurden wieder Unmengen von notwendigen Lebensmitteln vernichtet. In einem Hofspritzlager in Oberbill wurden die Fässer mit Rohspiritus angebohrt; in kurzer Zeit lagen Dutzende von Männern und Frauen sinnlos betrunken auf der Straße. Bei den vielen Schießereien zeigte es sich, daß ein erheblicher Teil der Ruhestörer und Plünderer reichlich mit Waffen und Munition versehen ist. Auch Handgranaten wurden geworfen. An vielen Stellen mußte sich die hartbedrängte Polizei mit der Schußwaffe wehren. Am Samstagabend wurden bei einem solchen Zusammenstoß eine 25jährige Lageristin und ein 18jähriger Arbeiter getötet. Die Abwehr der Ausschreitungen und Plünderungen ist nun neu organisiert. Die Blaue Polizei wurde in vier Einzelkommandos geteilt, die am Graf-Adolf-Platz, in der Mün-

sterstraße, am Hauptbahnhof und in Oberbill liegen. Beim Polizeikommando in Oberbill liegen auch eine Abteilung französischer Infanterie und mehrere Panzerwagen. Am Sonntag haben an mehreren Punkten verstärkte Kavallerie-Parouillen und Infanterie-Abteilungen zur Unterdrückung von Ausschreitungen eingegriffen. Am Montag waren die meisten Geschäfte in allen Stadtteilen geschlossen. Nur wenige Lebensmittelgeschäfte halten den Betrieb offen, aber Waren sind nicht mehr viel da. Einen unheimlichen Eindruck machen in den Hauptstraßen die vielen mit Brettern und Balken verschalteten Schaufenster der Geschäftshäuser. Nicht in allen diesen Geschäften sind die Fenster in Trümmer gegangen; viele Geschäfte haben aus Vorsicht die Scheiben der Auslagefenster verschalen lassen. Trotz der Verlängerung der Verkehrssperre auf 7 Uhr abends war es am Samstagabend noch spät zu Straßenkämpfen und Plünderungen gekommen. Die Besatzungsbehörde will deshalb die Verkehrssperre streng durchführen lassen.

Württemberg

Stuttgart, 31. Okt. Minister Volz über die Lage. In einer Rede, die der Minister des Innern, Volz, in Ebingen hielt, führte er u. a. aus: Eine Regierung der Mitte werde auch in Zukunft das Richtige sein. Er bedaure die Politik Bayerns. Württemberg werde jedenfalls der Einladung, die Politik des Herrn v. Kahr mitzumachen, nicht Folge leisten. Die nationalisistische Bewegung sei von der württ. Regierung von Anfang an unterdrückt worden. Im Vordergrund stehe die schwere wirtschaftliche Krise. Sie lasse die Befürchtung aufkommen, daß wegen der noch nicht festgestellten Entschädigungsverpflichtungen auch die neue Währung in Verfall gerate und somit eine zweite Krise entstehe. Die letzten Notsteuergesetze seien zu rasch und zu oberflächlich gegeben worden. Der bisherige Steuerdruck werde ein Nichts sein gegen das, was noch kommt. Die Belastung des Volkes mit neuen Hypotheken werde unausweichlich sein.

In der Landtagsfraktion der württ. Zentrumspartei äußerte sich am 27. Oktober Minister Volz über die Maßnahmen der Regierung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Württemberg. In einer eingehenden Aussprache wurde zu der Währungs- und Ernährungsfrage Stellung genommen und die schleunigste Ausgabe wertbeständigen Geldes befürwortet, ohne das die Ernährungsfrage nicht zu lösen sei. Von der Regierung wurde ein entschiedeneres Handeln auf verschiedenen Gebieten gefordert.

Vom Landtag. Der Finanzausschuß genehmigte den Kaufvertrag zwischen Württemberg und dem Reich betr. das Generalkommandogebäude in Stuttgart und die Unteroffizierbildungsanstalt in Ellwangen, sowie den Vertrag zwischen dem württ. Staat und der Stuttgarter Waisenhausstiftung. In einer Entschließung aller Parteien wurde eine raschere Lohnzahlung an die staatlichen Arbeiter gefordert.

Generalfreik. Wie die „Canst. Ztg.“ erzählt, sucht die kommunistische Partei den Generalfreik in Württemberg durchzuführen. Die Eisenbahner haben eine Abgabe erteilt und es sei sicher, daß auch das Postpersonal nicht mithue.

Brotpreiserhöhung. Obgleich das Preisamt hoch und heilig versprochen hatte, daß wenigstens in dieser Woche der Brotpreis „stabil“ bleiben werde, stellt sich am 1. November doch so nebenbei ein kleines „Zugewandnis“ ein, für das die Amtsstelle allerdings Raum gelassen hatte mit der vorläufigen Bemerkung: „wenn nicht außerordentliche Verhältnisse eintreten.“ Worin diese anscheinend nun doch eingetretenen außerordentlichen bestehen, entzieht sich der allgemeinen Kenntnis. Der schlimme Dollar kann es diesmal nicht sein, denn der liegt seit fünf Tagen fest. Nämlich, vom 1. November ab kostet bis auf weiteres ein Kg. Weizenbrot 6,5 (5,6) Milliarden, ein kleiner Bienen 300 (250) Millionen Mark. Die Schwarzbrotpreise von 4,6 bzw. 5,2 Milliarden werden in dieser Woche allerdings nicht geändert. — Die Bäckereien werden um 6 Uhr abends die Geschäfte schließen.

Die Straßenbahn, die anscheinend keine Reinigungsverschärftheit mit dem Wucheramt zu befürchten hat, wie das städtische Gasamt, erhöht ihre Fahrpreise munter weiter und gelangt am 1. November zu einem Satz von 1,2—4,2 Milliarden Mark.

Das Wucheramt ist gegen neun Stuttgarter Mehlereien eingeschritten, die entgegen der Vorschrift vom 22. Oktober am 30. Oktober vor dem Fleischauflag die Läden während der üblichen Verkaufszeit geschlossen hielten. Das in der Kühlhalle des Schlachthofs aufbewahrte Fleisch der betr. Betriebe wurde vorläufig beschlagnahmt.

Martinsmoos M. Calw, 30. Okt. Einbrecher. Als die Frau des Bauern Martin Kink den Keller schließen wollte, vernahm sie ein verdächtiges Geräusch, schon schnell den Riegel vor und holte ihren Mann, der einen Einbrecher antraf. Er wurde festgenommen. Man fand bei ihm verschiedene anderwärts gestohlene Gegenstände.

Schwenningen, 31. Okt. Arbeiterkündigung. Die Zündholzfabrik der Firma Stahl u. Rölke hat auf 15. Nov. sämtliche Arbeiter gekündigt. Sie können zurzeit in anderen Betrieben, die meist Kurzarbeit haben, nicht eingestellt werden. Als Ursache der Kündigung werden die hohen Arbeitslöhne bezeichnet, die die Ware so verteuern, daß sie mit den böhmischen Fabrikaten nicht mehr konkurrieren kann.

Neresheim, 31. Okt. Wenn man keine Zeltung liest. In Döfingen verkaufte dieser Tage ein Landwirt eine Kuh samt Käupchen und bot sie dem Händler um 600 Milliarden an, der natürlich sofort darauf einging. Der wirkliche Wert betrug weit über 1 Billion. Wieder ein Beispiel, wie falsch es ist, mit dem Sparen bei der Zeitung anzufangen.

Münzingen, 31. Okt. Tödtlicher Sturz. Drei Herren aus Stuttgart unternahmen einen Ausflug auf den Ruffenselsen bei Urach, wobei dem 15jährigen Sohn von Direktor Dr. Müller aus Mannheim, einem gebürtigen Münzinger, das Unglück widerfuhr, am Wasserfall tödlich abzufallen. Die Mutter mit Geschwistern befindet sich zurzeit in Münzingen.

Leinach, 31. Okt. Guter Fang. Einem Schieberpaar aus Konstanz wurden in Hemigkofen 52 Pfund Butter, einige Pfund Schweisertäse und 92 Eier abgenommen.

Baden

Karlsruhe, 31. Okt. Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hat gegen die Vorherrscher des Badischen Bauernvereins in Heidesheim, Helmsheim und Reibheim wegen Vorgehens gegen die Vorschriften über Preistreiberei Anklage erhoben. Die Angeklagten haben als Erzeugerpreis für den Zentner Kartoffeln 4 Goldmark festgesetzt. Die Staatsanwaltschaft hat eine Forderung, die über 3 Goldmark ab Erzeuger

hinausgeht, für übermäßig. Sie hat auch zwei Landwirte, welche mehr als 3 Goldmark für den Zentner Kartoffeln verlangt haben, gleichfalls unter Anklage gestellt. Die Verhandlung wird in den nächsten Tagen stattfinden.

Mannheim, 31. Okt. Eine Versammlung des Gewerkschaftsbunds für Angestellte bei den Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden für den Gau Baden, Pfalz, Saar hat gegen die geplante Verminderung der Beamtenszahl Widerspruch erhoben.

Heidelberg, 31. Okt. Aus den Sprengstofflagern von W. Bessel in Rohrbach und des Steinbruchs Hellenbach sind große Mengen Sprengstoff, Sprengpatronen und Sprengkapseln gestohlen worden.

Deimen (bei Heidelberg), 31. Okt. Die Zementwerke hier haben infolge der schlechten Wirtschaftslage und der Absatzstockung auf dem Zementmarkt, sowie des allgemeinen Darniederliegens des Baugewerbes ihre Betriebe stillgelegt. Hierdurch werden 800 Arbeiter erwerbslos.

Eberbach, 31. Okt. Der Prozeß wegen des Ueberfalls auf den Deutsch-Amerikaner Bergdoll in Eberbach ist für kurze Zeit verschoben worden und wird erst im November vor der Rosbacher Strafkammer verhandelt werden.

Vorzheim, 31. Okt. Beim Holzfällen verunglückte der 45 Jahre alte Franz Schäfer in Tiefenbrom. Eine stürzende Tanne fiel ihm auf den Leib. Er starb im Krankenhaus unter furchtbaren Schmerzen. Der Unglücksfall ereignete sich an seinem Geburtstag.

Gernsbach, 31. Okt. In der vergangenen Woche sind in einigen Orten des Nurgales drei aus Oberbaden mit Sicherheitspolizei kommende Lastwagen bei ihrer Durchfahrt von Burschen angehalten worden, die sich auf der Straße breit machten. Als der Aufforderung, die Straße freizugeben, keine Folge geleistet wurde, machte die Polizei von dem Gummiträgeln Gebrauch. Einige der Hauptschreier wurden mit in die Autos zur Vernehmung der zuständigen Stelle mitgenommen, nach ihrem Verhör aber wieder freigelassen.

Freiburg i. Br., 31. Okt. Infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide kam es in verschiedenen Orten der Umgegend zu Unruhen. Arbeitslose und andere Leute drangen in die Reichenbacher und Lauterner sowie in die Schönberger Mühle ein, nahmen das Kommunalmehl kurzerhand weg, brachten es in die Bäckereien und verkauften den Laib Brot zu 50 Millionen. Um eine Ausdehnung der Unruhen zu verhindern, wurde in den Orten Schönberg, Elmshausen, Reichenbach, Gadenheim und Lindensels Schutzpolizei eingesetzt. Ein Teil des Mehles konnte wieder beschlagnahmt werden.

Freiburg, 31. Okt. Eine hier wohnhafte Frau namens Auguste Bauer sprang aus einem in voller Fahrt befindlichen Wagen ab und erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß sie starb.

Ludwigshafen, 31. Okt. In sämtlichen Werken der Badischen Anilin- und Sodafabrik konnte die Arbeit wieder voll aufgenommen werden.

Notiales

Wildbad, den 1. Nov. 1923.

Kartoffelversorgung. Heute morgen wird von der Stadt ein Wagen Kartoffeln ausgeladen. Ein gestern von den Gemeinderäten Brachhold und Kappelmann eingetroffenes Telegramm aus der Uckermark meldet, daß außerdem 1000 Zentner Kartoffeln für die Stadt bereits abgegangen sind und weitere 2000 Zentner nächster Tage folgen. Vom Städtetag sind für nächste Tage weitere 2 Wagen bestimmt zugesagt. Durch das energische Eingreifen des Stadtvorstands ist die Kartoffelversorgung jetzt gesichert.

Vortrag. Samstagabend fand in der Versorgungs-Kuranstalt ein Vortrag über ehbare, verdächtige und schädliche Pilze statt. Redner, Herr Geheim-Rat Dreiß-Stuttgart verbreitete sich im ersten Teil eingehend über den Bau, das Wachstum und die Vermehrung der verschiedenen Pilzarten, teilte ihre Einteilung in ein System mit und ging dann im zweiten Teil auf Form, Vorkommen usw. ein unter Darbietung einer großen Anzahl naturfarbener Lichtbilder, die das allerbeste darstellen, was jemals mit dem Projektionsapparat an die Wand geworfen worden ist. Beiläufig kommen an 2200 verschiedene Arten von Pilzen wirtschaftlich in Frage, von denen 40—50 der geübte Pilzkenner unbedingt kennen sollte, will er sich und die seinen vor unerwünschten Verwechslungen geschützt wissen. Pilzjammern sollte nur der, der mit sicherer Kenntnis der nützlichen und ehbaren Arten, aber auch derer, welche damit verwechselt werden können und ungenießbar oder schädlich sind, ausgerüstet ist. Aus Büchern allein läßt sich das nicht lernen. Nur Theorie und Praxis unter sachkundiger Führung kann nützen.

Gang. Gottesdienst. Freitag, 2. Nov., abends 8 Uhr, Beichte und Vorbereitung: Stadtvicar Reidel.

Allerheiligen — Allerleien. Der Herbst, der uns in diesem Jahre außer seiner Farbenpracht auch schon so viele milde Tage gebracht hat, hat nun seinen Höhepunkt überschritten. In den Gärten blühen zwar noch die letzten Blumen, auch einige Rosen gaukeln noch im Wind, doch alles deutet schon auf das große Sterben hin. Zu dieser Zeit des Abschiednehmens von der schönen Jahreszeit hat die Kirche ein paar ernste Feiertage gelegt, deren Grundton erinnern an das erloschene Leben: Allerheiligen und am Tage darauf zum Gedächtnis aller Verstorbenen: Allerleien. Das sind die beiden Tage im Jahr, die ganz allein den Toten und ihrem Andenken gehören, und an denen wir nachmals die Gräber der Abgeschiedenen mit den letzten Blumen schmücken, ehe der rauhe Winter seine Herrschaft antritt.

Die Notsteuern. Ähnlich wird mitgeteilt, daß die württ. Regierung nach wie vor für eine Verbesserung der Notsteuern (Betriebsabgabe) eintrete, daß sie es aber ablehne, eine ungeschickliche Steuerverweigerung zu unterstützen, wie es in Bayern der Fall sein soll.

Nottarife der Eisenbahn. Um dem Wirtschaftsleben Zeit zu lassen, sich auf Goldwährung umzustellen, führt die Reichsbahn ab 1. November Nottarife für Lebensmittel ein. Die jeweils gültigen Frachttarife der regelrechten Tarifklasse und der Ausnahmetarife werden für folgende Lebensmittel um 30 Prozent ermäßigt: 1. Getreide und Hülsenfrüchte, 2. Mühlenerezeugnisse, 3. Teigwaren, hochfertige Suppen und dergl., 4. frische Feld- und Gartenfrüchte der Klasse D und E, 5. frische Mohrrüben und frische Kohlrüben der Klasse F, 6. Seefische usw. des Ausnahmetarifes VIII, 7. Milch des Ausnahmetarifes XXV, 8. Butter, Butterschmalz, Margarine und



Fette aus pflanzlichen und tierischen Stoffen der Klasse D zur menschlichen Nahrung, 9. Käse und Quark.

Die Eisenbahn-Monatskarten werden ab 1. November nicht, wie von Berlin mitgeteilt worden war, um 15, sondern um 50 Prozent im Preis ermäßigt.

Die neuen Fernsprechnetze ab 1. November betragen für ein Ortsgespräch 1,5 Milliarden. Ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer kostet bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer 1,5 Milliarden, über 100 Kilometer 13,5 Milliarden und für jede weitere angefangene 100 Kilometer 4,5 Milliarden. Die Grundgebühr für Ferntelegramme ist auf 2,4 Milliarden festgesetzt, die Wortgebühr auf 1,2 Milliarden. Bortagsanmeldungen, Auskunft und Streichung von Gesprächen kosten 1,5 Milliarden Mark. Ein Fernbrief kostet, wie bereits berichtet, 100 Millionen.

500 Milliarden Scheine werden von der Reichsbahndirektion Stuttgart ausgegeben.

Kartoffelverladung. Vom 21. bis 27. Oktober sind durch die Bahn rund 86 000 Zentner Kartoffeln nach Württemberg eingeführt worden, wovon 44 000 Ztr. nach Stuttgart gingen. Aus dem Land selbst wurden durch die Bahn 35 000 Ztr. nach Stuttgart gebracht.

Die Bereicherung der Milch wird nach amtlicher Mitteilung im bisherigen Umfang beibehalten.

Ermäßigung beim Steuerabzug vom 29. Oktober bis 3. November.

	wöchentlich	täglich
a) für den Steuerpflichtigen	1036 800 000	172 800 000
b) für dessen Ehefrau	1036 800 000	172 800 000
c) für jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind	6 912 000 000	15 200 000 000
d) zur Abgeltg. d. Werbungskosten	8 640 000 000	1 440 000 000

Familienstand	wöchentlich	täglich
Ledig oder verwitwet, ohne Kinder	9 676 800 000	1 612 800 000
Verheiratet, ohne Kinder	10 713 600 000	1 785 600 000
mit 1 Kind	17 625 600 000	2 937 600 000
mit 2 Kindern	24 537 600 000	4 089 600 000
mit 3 "	31 449 600 000	5 241 600 000
mit 4 "	38 361 600 000	6 393 600 000

Ullertei

Ludendorff Bayer. Wie Adolf Hitler, der bekanntlich Österreicher ist, hat nun auch der Breuher Ludendorff das bayerische Staatsbürgerrecht erworben.

Mit Genehmigung des Staatskommissars marschierten am 29. Oktober zum ersten Mal wieder die Hitler-Sturmtruppen mit klingendem Spiel und Fahnen durch die Stadt München zu Übungen auf dem Wittkindplatz.

Jubiläum-Kunstausstellung im Vatikan. Aus Anlaß des heiligen Jahres, 1925, will der Vatikan eine große Kunstausstellung in seinen Räumen veranstalten. Die Ausstellung soll zeigen, was die Päpste im Lauf der Jahrhunderte für die Kunst geleistet haben. Mit der Veranstaltung soll über alles das hinaus, was schon jetzt die vatikanischen Sammlungen enthalten, ein Gesamtbild kirchlicher Kunstpflege in den Händen der Päpste seit dem Mittelalter bis in die neuere Zeit in größter Vollständigkeit gegeben werden.

Der Schah von Persien will aus Gesundheitsrücksichten eine Reise nach Europa machen.

Ehrgang des Lederstrumpferzählers. In Burlington in New-Jersey, dem Geburtsort James Fenimore Coopers, ist dessen Geburtshaus als Gedächtnisstätte dem Publikum eröffnet worden. Man hat das alte Steinhaus, in dem Cooper am 15. September 1798 geboren wurde, im alten Stil ausgebaut, so daß es jetzt so da steht, wie zu der Zeit, als der nachmalige Indianergeschichtenerzähler das Licht der Welt erblickte.

Der französische Großindustrielle de Wendel ist auf einer Kraftwagenfahrt von Solsons nach Laon infolge Zusammenstoßes mit einem anderen Wagen am Sonntag schwer verletzt worden.

Die Insel Korfu steht in hellem Aufruhr gegen die Herrschaft des Benizelos.

Butter und Schuhschiff. Ein Landwirt aus dem Oberamt Croisheim schreibt dem „Schwab. Landmann“: Am 12. Okt. kaufte ich ein Pfund Schuhschiff um 500 Millionen Mark. Am gleichen Tag wurde in den fränkischen Molkereien das Pfund feinste Tafelbutter um 200 Millionen und von den Bauern Zentrifugenbutter um 100 Millionen Mark verkauft. Was der betreffende Landwirt weiter dazu schreibt, ist richtig, wir wollen uns aber die Wiedergabe sparen.

Raubmord. In München wurde in ihrer Wohnung in der Landesberger Straße die 63jährige Gastwirtschefin Marie Sühmeier erschlagen aufgefunden. Es liegt ein Raubmord vor.

O diese Zeit! In Günzburg a. Donau erschloß sich ein 18jähriger Banklehrling. Er war dem Morphiumgebrauch stark ergeben.

Wohnungsnot auch in Neuyork. Nach amerikanischen Blättern befinden sich zurzeit in Neuyork rund 750 000 Personen, die keine Wohnung haben.

Rätselhafter Untergang. Bei der Trauerfeier für die Opfer eines verlorenen Tauchboots der japanischen Kriegsmarine im Hafen von Tokio fand plötzlich ein anderes Tauchboot. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

Vom Brot

Kaum ein anderes Nahrungsmittel hat eine so hohe Bedeutung für die Volksernährung besessen, wie das Brot. Was bedeutet der Tisch des Armen wie des Reichen ohne Brot? Bei keiner der sieben Bitten murmeln deshalb wohl die Lippen der Betenden inbrünstiger als bei der „Unser täglich Brot gib uns heute!“ In der Tat kann man sich wohl kaum einen Tag vorstellen, an dem das Brot, sei es nun als Haupt- oder Beiznahrungsmittel, fehlt. Diese „Speise der Speisen“ möglichst zu vervollständigen, war darum von je das Bestreben der Kulturvölker. Seine Bereitung ist wohl eine Erfindung der Ägypter. Die Griechen, die die Kunst des Brotbackens der Sage nach vom Gott Pan gelernt, sie aber wahrscheinlich von ägyptischen Kolonisten hatten, bereiteten schon als geborene Feinschmecker allerlei Vurusgebäck, worunter das „Alexandrinische Brot“ am bekanntesten sein dürfte. Ihre Backkünste verpflanzten sich nach Italien, in deren Ausübung die Römer bald Meister wurden. Die römischen Brote bestanden aus einer Art vierediger, vier Zentimeter hoher, mit 6-8 Einknitten verzierter Kuchen, die besten aus reinem Weizen-

oder halbe einseitig mit Ähre gemischt waren. Von Rom aus verbreitete sich die Kunst des Brotbackens nach dem westlichen Europa, und die Gallier waren die ersten, die dabei mit dem alten Sauerteig aufräumten und dafür die Bierhefe als Gärungserzeuger an seiner Stelle verwendeten. Mit welchem Erfolge ist bekannt, erfreute sich doch schon im 4. Jahrhundert n. Chr. das gallische Weißbrot eines guten Rufes. Später trachten sie auch mit der halbgewöhnlichen Form des Brots und formten ihren Teig zu Äugeln (Boules), nach denen noch heute die Bäcker in Frankreich Boulangers (Äugeldreher) genannt werden.

Von Deutschland aus, wo man seit dem 9. Jahrhundert sich mit der Kunst des Brotbackens befaßte, verbreitete sich diese nach dem Norden, Osten und Südosten Europas, eine Verbreitung, die aber so langsam vor sich ging, daß z. B. Schweden erst im 16. Jahrhundert die Brotbäckerei kennen lernte und die Bewohner der Hebriden bis zum 19. Jahrhundert von ihr nichts wußten. Während aber der Westen Europas dem aus Weizen gebackenen Brot den Vorzug gab, zog man in Deutschland und den nordischen Ländern das aus Roggen bereitete vor. Die Verwendung des letzteren zum Brotbacken war erst nach der Bäckerwanderung allgemein gebräuchlich geworden, bis im 18. Jahrhundert das „Weißbrot“ dem „Schwarzbrot“ den Rang streitig zu machen suchte, nachdem schon im 17. Jahrhundert in Frankreich unter Ludwig XIV. das „Weißbrot“ das Übergewicht erlangt hatte. Dort wußte man auch bereits die Rinde als Leckerli zu schätzen, und im Gegenstoß zum Mittelalter, das die Krume der Kruste vorzog, und die Vollkugel des Brots mußte dann der Halbkegel (Franzbrötchen), dann dem Wulst oder Waden weichen, die eine möglichst große Kruste verbürgten. In England, Süddeutschland und dem damaligen Österreich konnte das Weißbrot das sogenannte Hausbrot nur zur Hälfte verdrängen. Es erschien dort vorzugsweise in Gestalt langgestreckter Waden, die so nach Gestalt und Versticktheit verschiedene Namen führten, wie Semmel, Stufen, Stolle, Schrippe oder Schrippe, Waden, Ripperl usw. Das Bäcker- oder Hausbrot, das aus einer Mischung von Roggen- und Weizenmehl, jenseits auch Gerstenehl, hergestellt wird, kommt in seinem Nährwert dem Weizenbrot am nächsten, da rund 90 Prozent Trockensubstanz verdaut werden, und beherrscht in seinen langen oder runden Form Deutschland, Dänemark, Schweden und Rußland. Brot aus anderen Getreidearten hat nur noch eine lokale Bedeutung, wie das aus reinem Roggen hergestellte Roggen- oder Landbrot, das aus gechlortem Mais oder Weizen hergestellte Schrot- oder Grahambrot. Letzteres gehört schon zu den sogenannten Kleinfrotten, zu denen auch das Schwarz- oder Kommissbrot und sein Bettele oder Weisfalten, der Pumpernickel, gehört. Das Gersten- oder Haferbrot kennt man in Deutschland nur im S. in der Schweiz, England, Skandinavien und Schottland, es ist weniger schmackhaft und trocken und von geringem Nährwert.

Letzte Nachrichten.

Neue Sparverordnungen.

Berlin, 31. Okt. Angesichts der Notwendigkeit, den Haushalt des Deutschen Reiches einsparlich der Länder und der Gemeinden in absehbarer Zeit ins Gleichgewicht zu bringen, hat die Reichsregierung Sparmaßnahmen in Form von Verordnungen mit Gesetzeskraft beschlossen.

Da das Reich nicht mehr die sich aus den Sachlieferungsverpflichtungen des Versailler Vertrages ergebenden Lasten tragen kann, werden solche Lieferungen seit dem 11. August nicht mehr abgeschlossen. Nunmehr muß die Zahlung der Entschädigungen aus den Abrüstungs- und Entschädigungsrichtlinien vom 21. Mai 1920 ausgesetzt werden. Weitere Zahlungseinschränkungen lassen sich nicht vermeiden.

Bei der Neuregelung der Liquidations- und Ausgleichsschäden, die auch die Auslandsdeutschen und die Deutschen aus den abgetrennten Gebieten betreffen, fällt die Beihilfe des Reiches für Kaluitatschäden völlig weg. An Stelle der Stammschädigungen tritt ein Entwurzelungszuschuß in Höhe von 3 vom Tausend.

Das Streben, mit dem kostspieligen Abwicklungsverfahren ein Ende zu machen, veranlaßte die Reichsregierung, eine Abgeltungsverordnung zu erlassen, wonach sämtliche Ansprüche gegen den ehemaligen Feindstaat im beschleunigten Verwaltungsverfahren abzugelten sind.

Die Zahl der Reichsbeamten soll in kurz bemessener Frist um 25 Prozent vermindert werden. Die Auswahl der zu entlassenden Beamten ist durch eine Beamtenabbauperordnung genau geregelt.

An der Umgestaltung des Steuerwesens wird mit allen Kräften gearbeitet. Die Bewertung der Vermögen soll in Goldmark erfolgen. Die Tarife sollen auf Goldmark lauten.

Handelsnachrichten

Dollar Kurs am 31. Okt.: 77 681 000 000 (55 162 000 000). Dollar in Neuyork 111 Milliarden. 1 Pfund Sterling in London 625, 1 holländischer Gulden 44.

Der Wert von 1 Milliarde Mark in Pfennigen am 29. Okt.: Holland 7, Belgien 25, Norwegen 11, Dänemark 10, Schweden 9, Italien 28, London 7, Neuyork 6, Paris 21, Schweiz 7, Spanien 9.

Goldankaufspreis der Reichsbank am 30. Okt. 208 188 800 000 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück. Reichsbanknoten gelten den 7 Milliardenfachen Betrag des Nennwertes.

Berliner Goldmarkt. Zinsfuß 2 bis 3 Prozent für den Tag. Silber, Edelmetallmarkt. Platin 360 Milliarden Gold, 420 Brief das Gramm, Feingold 78 bezw. 85, Feinkornsilber 1800 bezw. 2000, in Waren 1700 bis 1900 Milliarden das Kg.

Der Vorkurspreis in Hamburg beträgt 27 Milliarden für das Pfund, Milch 3,5, Magermilch 1,8 Milliarden d. P.

Reichshandelsrat. Der Reichshandelsrat der Deutschen Industrie beabsichtigt zur Erörterung der Fragen des Kartellwesens demnächst in Berlin einen Reichshandelsrat einzuberufen.

Stuttgarter Börse, 31. Oktober. Die Stimmung auf der Börse war heute wieder sehr fest, sowohl im Aktienmarkt als im Markt der Festverzinslichen. Auf letzterem sind weitere große Kurserhöhungen zu verzeichnen; das auf den Markt kommende Material war derart knapp, daß die Kurse beinahe sämtlich „Geld“ notiert werden mußten. Reichsgoldankauf mußte bei 90 Milliarden rationiert werden; in Dollarankaufanweisungen war beim Berliner Kurs keine Ware vorhanden. Der Weizenmangel veranlaßt andauernd weitere Kreise, auf den Aktienmärkten Interesse zu nehmen. Bankaktien (in Milliarden Prozent): Hypothekendarbank 60, Notenbank 380 (250), Vereinsbank 100 (60). — Brauereiaktien: Ravensburg 65 (70), Ehlinger 300 (200), Hohenzollern 300 (250), Wille 150 (120), Reckenmeyer 200, Pfauen 150. — Metallwaren: Feinmechanik 800 (550), Jungbusch 275 (225), Metallwaren 800 (550), Hohner 1100 (750), Andreas Koch 400. — Metallwarenaktien: Dalmier 90 (55), Laupheimer 1000 (800), Ralies 95 (65), Ehlingen 170 (130), Selter 130 (85), Weingarten 400.

Neckarputzer 125 (90). — Spinnereiwerte: ungerapen 900, Erlangen 450 (300), Bielefeld 1000 (700), Kolb-Schle 375 (200), Pforle 700 (500), Kotteln 700 (500), Ruchen 500 (350), Ehlingen 800 (750), Kattun 800, Leinenindustrie 800, Filz 800. — Uebriqe Werte: Walla 820 (600), Chr. Weller Verlag 45 (25), Bremen-Beschleimer 900, Cementwerk Heidelberg 340 (270), Montag 70 (40), Knochfabrik Schorndorf 130 (100), Deutsche Verlagsanstalt 300 (150), Kaiser Otto 200, Knorr 150 (100), Leibbrand 70 (45), Otto Krumm 100 (80), Neckarwerke Ehlingen 90 (85), Salzwerk Hallbrunn 2000 (1500), Secht Wachenheim 300 (200), Stuttg. Bäckermühle 301 (200), Gipsgeschäft 1000 (800), Stuttg. Verlagsbuchdruckerei 35 (30), Stuttg. Zucker 240 (160), Union Deutsche Verlagsgesellschaft 120 (90), Mannheimer Del 400 (250), Transport 50 (40), Ziegelwerke Ludwigshafen 200 (110). Bezugsrechte Math. Hohner 250 bez. und Geld. Württ. Vereinsbank.

Karlsruher Produktendörse, 31. Okt. Getreide und Mehl: Geschäftslage unsicher, Warenknappheit; die Miffel zu Lieferungen fehlen. Weizen (Millarden die 100 Kg.): 425 bis 450 Roggen 350 bis 380, Hafer und Gerste 200 bis 310, Weizenmehl 500 bis 580, Roggenmehl 480 bis 500, Weizenkleie 120 bis 150; alles in Papiermark auf wertbeständiger Grundlage. — Für Weine hörte man folgende Preise: Alter Weiswein 71 Goldpfennig, alter Rotwein 85 Goldpf. je Liter; alles ohne Steuer.

Berliner Getreidepreise am 31. Okt.: in Goldmark (1 Dollar 4,20 Mark) die 100 Kg.: Weizen märkisch 17,30 bis 17,83, Roggen märk. 16,70 bis 16,80, Sommergerste 15,80 bis 15,95, Hafer 13,20 bis 13,40, Weizenmehl 26 bis 28,75, Roggenmehl 26 bis 28,75, Kleie 7,60 bis 8,12, Raps 25 bis 25,20.

Weizenmehlpries Spezial 0 der Mühlenvereinigung in Mannheim 600 bis 650 Milliarden die 100 Kg. Lebhafte Geschäft, steigende Nachfrage.

Am Berliner Lebensmittelmarkt waren am 30. Okt. trotz un verändertem Dollarstand große Preissteigerungen zu verzeichnen. Laut B.Z. entsprachen die Preise einem Dollarstand zwischen 200 und 300 Milliarden. Ausländische Lebensmittel wie Margarine, Schmalz und Gefrierfleisch hielten sich auf dem Stand vom Vortag.

Märkte

Münchener, 30. Okt. Es galten: Pferde 1 bis 1,5 Millionen, Karren 2 bis 4,5, Ochsen 0,5 bis 4,8, Kühe 1, Kalb 1,9 bis 2,2, Lämmer 0,7 bis 1,4 Millionen, Mutterfische 800 bis 1000 Milliarden, Ferkel 30 bis 60 Milliarden.

Rebblingen, 30. Okt. Die Schranne notierte folgende Durchschnittspreise für den Zentner in Milliarden: Weizen 230, Roggen 220, Gerste 115, Hafer 160, Erbsen 180.

Kettling, 30. Okt. Hopfen. Die Stimmung im Hopfenmarkt ist gedrückt. Es herrscht wenig Kaufkraft wegen Geldknappheit und der unsicheren Lage. Ueber 2 Millionen wird nicht mehr angelegt.

Devisenkurse

Berlin	30. Oktober		31. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	25137000000	25230000000	28329000000	28471000000
Belgien	32520000000	32680000000	36510000000	36690000000
Norwegen	99750000000	100250000000	111720000000	112280000000
Dänemark	111720000000	112280000000	125690000000	126310000000
Schweden	169570000000	170430000000	191520000000	192480000000
Italien	241300000000	242700000000	325200000000	326800000000
London	892750000000	893725000000	3241880000000	3258120000000
Newyork	648380000000	651620000000	723190000000	726810000000
Paris	379100000000	380900000000	426900000000	429100000000
Schweiz	1157100000000	1162900000000	1286800000000	1293200000000
Spanien	871800000000	882800000000	987600000000	992400000000
D.-Ostern	91000	92000	1017000	1023000
Prag	195000000	190500000	211500000	212500000
Ungarn	3491000	3509000	3930000	3950000
Argentin.	303430000000	304510000000	331420000000	332580000000
Tokio	309230000000	310770000000	359100000000	360900000000

Dollarankaufanweisungen 90 bis 100 Milliarden (Freiverkehr). Reichsgoldanleihe 88 (120).

Merkmale

Goldmark. Berliner Mittelkurs 15 476 190 476	
Reichsbankdiskont	90 Prozent
Goldfranken	14 Milliarden
Steuereinnahme	15 Milliarden
Buchhandelschiff	18 Milliarden
Buchdruckschiff	800 Millionen
Großhandelsindex	14,8 Milliardenfach
Lebensmittel	9,8 Milliardenfach
Industrieindex	21,5 Milliardenfach
Einzelwaren	19,4 Milliardenfach
Einzelwaren	13,6 Milliardenfach
Personenverkehr, 29. Okt.	6 Milliarden
Güterverkehr, 29. Okt.	12 Milliarden
Gastwirtschaftsgewerbe	18 Milliarden

In Abteilung Martinswegel kann

Suchholz

geholt werden.

Wildbad, den 1. November 1923.

Städt. Forstamt.

Linden-Lichtspiele.

Samstag abend halb 9 Uhr
Sonntag nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.

Das Riesen-Sensations-Programm:
12 Akte! In der Hauptrolle EDDIE POLO 12 Akte!

„SEEPIRATEN“
6 Episoden, 36 Akte.

6. Teil: „Erkämpftes Glück“.

„Mit Büchse und Lasso“
6 Episoden, 34 Akte.

6. Teil: „Glühende Rache“.

In Vorbereitung:
„DIE TODESSPIRALE“ m. Luciano Albertini

